

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 75 Pfennig  
pro Quartal zzgl. Postgeb.  
Bestellungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Sophienstraße 101, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro Spaltige Petitzeile 20 Pf.,  
für Werbandsangehörige 10 Pf.  
Privatanzeigen ist der Betrag in  
Briefmarken beizufügen, andern-  
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 45

Stuttgart, den 7. November 1903

19. Jahrgang

## Ein Arbeiterkongress.

Vor und nach seiner Tagung ist in der Presse manche Stimme laut geworden über den am 25. und 26. Oktober getagten Arbeiterkongress, zu dem „sämtliche christliche, nationale und unabhängige Berufsorganisationen, evangelische und katholische Arbeitervereine“ eingeladen waren. In der Einladung zu diesem Kongress hieß es, daß als hauptsächlichster Zweck des Kongresses ins Auge gefaßt sei „die Ermöglichung einer gemeinsamen Aktion in solchen Fragen der gesetzlichen Sozialreform, welche den betreffenden Arbeiterorganisationen gemeinsam sind. Ein solches gemeinsames Vorgehen erscheint um so notwendiger, als durch die rege und laute Agitation der Sozialdemokratie, die überall geschlossen auftritt, die in vielen Organisationen zersplitterte christliche und national denkende Arbeiterschaft zurückgedrängt werden könnte. Es soll deshalb gelten, der breiten Öffentlichkeit zu zeigen, daß Hunderttausende christlich und national denkende Arbeiter in den Grundfragen der sozialen Reform einig und geschlossen dastehen und unerschrocken ihre höchsten Güter, Glaube und Sitte, Treue zu Kaiser und Reich, zu verteidigen gewillt sind.“ Durch diese etwas bombastische, monarchische Rundgebung von vornherein als Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie, auch gegen die freien Gewerkschaften gekennzeichnet, erfuhr der Kongress in der Presse dieser Partei und der der Gewerkschaften eine begreiflich sehr unwillkommene Aufnahme. In der sogenannten Scharfmacherpresse fand er nicht minder unwillkommene Aufnahme, namentlich seine Debatten und Beschlüsse, weil, wie diese sagten, „das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft in nicht unbedenklicher Weise in den Vordergrund geschoben“ und dem Unternehmertum „mit großer Schärfe, um nicht zu sagen mit ausgeprägter Feindschaft entgegengetreten“ worden ist. Daß sogar Forderungen gestellt wurden auf Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetze und der sozialen Reform, erhöhte seine Gefährlichkeit für Staat und Unternehmer in den Augen dieser noch. Nur ein kleiner Teil der Presse, jene, die auf Grund der kaiserlichen Februaverlasse vom Jahre 1896 für eine Ausgestaltung der Sozialreform und Milderung der Klassengegensätze und Klassenkämpfe wirken, lobten den Kongress, seine Beschlüsse und seine Veranstalter.

Wegzudiskutieren und zu ignorieren ist nun dieser Kongress nicht, der 200 Delegierte vereinigte, die etwa 600 000 Mitglieder vertreten haben sollen, selbst wenn's auch einige Delegierte oder nach Berechnungen und Tüfteleien einiger Kritiker ein paar hundert Mitglieder weniger gewesen sind. Auch mit einigen faulen Kläusen über seine Beratungen und Beschlüsse ist es nicht getan, sondern die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, respektive die freien Gewerkschaften werden die Sache etwas enger nehmen und mehr als ein Augenblicksinteresse diesem Kongress und seinen Beschlüssen entgegenbringen müssen.

So verfaßt uns jede Abplitterung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist und fowenig

sympathisch uns der ganze patriotische Pokuspokus ist, mit dem sich dieser Arbeiterkongress umgab, und fowenig vertrauenerweckend uns einige seiner Veranstalter sind, zum Beispiel Behrens, der mit einem winzigen Fährlein Getreuer eben jetzt vom Allgemeinen Deutschen Gärtnerverband abshwenkte, um eine neue Gärtnervereinigung auf christlicher Grundlage zu gründen, weil der Allgemeine Deutsche Gärtnerverband mit überwältigender Majorität beschlossen hatte, sich der Generalkommission anzuschließen und somit den Weg zur Vereinigung der Gärtnerorganisationen gebahnt hat, und so sehrlichst wir wünschen, daß in den freien Gewerkschaften jeder Unterlust finden soll, welcher politischen und religiösen Anschauung er auch hulldigt, so können wir doch diesen Arbeiterkongress nicht nach seinem Vermerk bewerten, sondern müssen seine Beschlüsse zu würdigen versuchen. Nicht nach seinen Nebensächlichkeiten, seinem Drum und Dran, dem Kaisertelegramm, den Ausfällen einiger Redner gegen die Sozialdemokratie oder gegen die Gewerkschaften, die mit ihr sympathisieren, dürfen wir seine Wichtigkeit abschätzen, sondern der Kern der Verhandlungen muß betrachtet werden. Solche Ausgleitungen einzelner Redner sind nicht zu vermeiden, sie haben ihren Grund in politischen und religiösen Meinungsunterschieden, sie kommen auch bei uns vor. Und solange die Drapierung unseres Kongresslokals noch zu einer Gewissens- und Prinzipienfrage gemacht wird, solange ist den patriotisch-gesinnten Gewerkschaftlern ihr Kaisertelegramm nachzusetzen; dünken uns doch beide gleich gänzlich nebensächliche, zwecklose Formensachen. Auch das komische Intermezzo, daß der Bund der Landwirte ein Begrüßungstelegramm an den Kongress sandte, der eben für Gewährung des Koalitionsrechtes an die Landarbeiter votiert hatte, ist eben auch nur ein Zufall mit gewiß starkem komischen Beigeschmack, erklärlich dadurch, daß alle die Scharfmacherverbände emsig bemüht sind, jede Veranstaltung und Vereinigung zu fördern, die sich in ihren Tendenzen etwa gegen die Arbeiterbewegung richten könnte; diese Waffenbrüderschaft wird jedenfalls sofort, zieht man die Urteile der Scharfmacherpresse über ihn in Erwägung, wieder in die Brüche gehen.

Betrachten wir nun einmal die Beratungen und Beschlüsse, soweit sie durch die Berichte der Tagespresse uns zugänglich sind.

In einem Referat über das Koalitionsrecht der Arbeiter und die Vereinsgesetzgebung forderte der Referent Schiffer-Kresfeld, Sekretär des christlichen Textilarbeiterverbandes, als obersten Rechtsgrundlagen im Staate: „Gleiches Recht für alle“ und deshalb Beseitigung jeder Beschränkung des Rechtes zum Nachteil der Arbeiter durch Klassengesetzgebung und Klassenjustiz. Der Arbeiter habe heute noch kein volles Koalitionsrecht, und dieses beschränkte Recht stehe überdies auch nur auf dem Papier. Redner fordert ein Reichsvereinsrecht, um die vereinigungsgesetzlichen Bestimmungen der Einzelstaaten und deren verschiedene Auslegung durch die Richter hinwegzuräumen und um all die polizeilichen Schikanen,

wie Genehmigung, Anmeldung und Überwachung von Versammlungen, Lokalabtreibungen usw. zu beseitigen. Weiter verlangt er eine Erweiterung des § 153 der Gewerbeordnung, dahingehend, daß Arbeitgeber, die ihre Arbeiter an der Ausübung des gesetzlichen Koalitionsrechtes hindern, bestraft werden. In der Debatte, die sich im Sinne des Referats bewegte, wurde auch die Meinung vertreten, für gänzliche Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung einzutreten — des bekannten „Arbeitswilligenparagrafen“ —, während eine Stimme, die kein Echo fand, verlangte, zugunsten der Arbeitswilligen und zum Schutze gegen den sozialdemokratischen Terrorismus eine Verschärfung des § 153 zu fordern. Schließlich wurde in einer Resolution einleitend die berufliche Organisation der Lohnarbeiter für das einzige Mittel erklärt, um eine gedeihliche Entwicklung des nationalen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens zu sichern und dauernd geordnete Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter auf dem Boden der anerkannten Gleichberechtigung beiderseitiger Organisationen anzubahnen und in Tarifgemeinschaften festzuhalten. Hieran schließt sich eine Aufforderung an alle unorganisierten Arbeiter zum Beitritt in jene gewerkschaftlichen Organisationen, „die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen“. Als Forderungen wurden dann aufgestellt: Zur Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes soll der § 152 der Reichsgewerbeordnung (der den Arbeitern das Koalitionsrecht gewährleistet) nicht nur auf Erhaltung besserer, sondern auch auf die Erhaltung bestehender Lohn- und Arbeitsverhältnisse Anwendung finden, der § 153 soll dahin erweitert werden, daß nicht allein der Mißbrauch des Koalitionsrechtes unter Strafe gestellt wird, sondern auch die Verhinderung am gesetzlichen Gebrauch. Ferner wird gefordert ein uneingeschränktes Koalitionsrecht für Arbeiter und Angestellte des Staates und der Gemeinden, Schaffung eines einheitlichen und freiheitlichen Vereins- und Versammlungsrechtes für das ganze Reich und weiter Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine zur Sicherstellung ihrer Vermögensrechte ohne Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit.

In einem Referat über die letztere Forderung, Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, stellte der Referent bei Begründung dieser Forderung als Grundsatz der Gleichberechtigung auf, die gesetzliche Gewährung der juristischen Persönlichkeit an die Arbeitervereine gerade so zu gewähren, wie sie die kaufmännischen und gewerblichen Gesellschaften heute schon besitzen. Bekanntlich sind über die Vorteilhaftigkeit dieser Forderung die Akten noch nicht geschlossen, und auch in den Kreisen der freien Gewerkschaften herrschen große Meinungsverschiedenheiten darüber. Die richterlichen Entscheide im englischen Taff-Vale-Konflikt und anderes lassen neuerdings noch stärkere Bedenken gegen die vermögensrechtliche Haftbarmachung der Gewerkschaften aufkommen. Auf diese Bedenken ist anscheinend auf dem Kongress nicht eingegangen worden. Ein Redner vertrat die läppische Ansicht, durch die

Rechtsfähigkeit einen gewissen Druck auf die sozialdemokratischen Unterstützungsklassen auszuüben und durch häufige Bücherrevisionen den Kassendefiziten und Unterschlagungen vorzubeugen.

Von größerer Bedeutung war dann ein Referat des Arbeitersekretärs Giesbert-M. Gladbach, der über Errichtung von Arbeitskammern sprach. Er wies auf das Bestehen solcher in Frankreich, Holland und Belgien hin und stellte dabei den fonderbaren Kontrast zwischen diesen Ländern und dem sozialpolitisch fortgeschrittenen Deutschland fest, wo solche Einrichtungen nicht bestehen. Aus seinen weiteren Ausführungen ist von Bedeutung, daß der Referent Arbeitskammern als eine Schulung der Arbeiter und Arbeitgeber bezeichnet, die sich hier an die Gleichberechtigung der Arbeiter gewöhnen würden, und manchem Arbeitgeber, der heute noch blindlings den Scharmachern folgt, die Augen öffnen für die Notwendigkeit einer großzügigen Sozialpolitik. Spezielle Vorschläge über die Wahlen zu den Arbeitskammern und deren Ausgestaltung macht Giesbert nicht, sondern will das einer späteren Zeit überlassen, wenn die Angelegenheit spruchreif ist. Über die Aufgaben derselben wird von ihm gesagt, die Kammern sollten sich nicht in das freie Vertragsverhältnis zwischen Unternehmer und Gewerkschaft hineinmischen, dies würde die gewerkschaftliche Organisation lähmen, hingegen sollten sie in einzelnen Berufen mit unorganisierter Arbeiterschaft auf Schaffung tariflicher Vereinbarungen hinwirken. — In der Diskussion kommt auch die Ansicht zum Vortrag, reine Arbeiterkammern zu fordern, analog den heute schon bestehenden Berufsvertretungen anderer Stände (Ärztelkammern, Landwirtschaftskammern usw.). Eine Resolution stellte dann aber die Ansichten des Referenten als Forderung auf.

Das Thema über Errichtung und Wert von Arbeitskammern oder Arbeiterkammern ist bisher in den freien Gewerkschaften und deren Presse wenig erörtert worden. Vor Jahren streiften wir es einmal und stellten uns dabei auch auf den Standpunkt, daß Arbeitskammern, in denen also Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch vertreten sind, vorteilhafter auch für uns sind. Jene die Gewerkschaften Tarifverträge haben, die ja schon in Beschläffen und Einrichtungen eine Parität beider Parteien in sich schließen, jemehr werden sie auch sich für Arbeitskammern aussprechen.

Dies der Kern der Verhandlungen und Beschlüsse. Der unbefangene Beurteiler derselben wird zugeben müssen, daß die dort aufgestellten Forderungen den von den freien Gewerkschaften erhobenen sehr nahe kommen, verschiedentlich sogar sich vollständig mit diesen decken. Bestehen nun schon doch einmal nach konfessionellen und politischen Anschauungen gesonderte Arbeiterorganisationen zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen, so kann uns ein Kongress, der alle diese nicht zu den sogenannten freien Gewerkschaften zählenden Organisationen zusammenruft, um gemeinsam sich über zu stellende Forderungen zu einigen, doch nicht zu besonderem Spott und Hohn Anlaß geben. Wir machten uns einer Inkonsequenz schuldig, bespöttelten wir unnötigerweise ihn und seine Beschlüsse und versuchten hingegen mit einzelnen christlichen oder Hirsch-Dunderschen Berufsverbänden gemeinsam auf der Basis dieser Beschlüsse zu handeln und Forderungen zu stellen. Speziell wir in unserem Beruf machen jetzt, unläglich der Lohnbewegungen in den verschiedensten Städten die Beobachtung, daß christlich und Hirsch-Dundersch organisierte Kollegen mit uns gemeinsam Forderungen erheben; vielfach sind unsere Verbandskollegen selbst höchst verwundert, daß wir Kollegen in diesen Organisationen überhaupt organisiert haben, von welcher Tatsache bisher kein Mensch in unserem Verband eine Ahnung hatte. Uns, den freien Gewerkschaften, kann es doch sicher eher förderlich als hinderlich sein, wenn auch Arbeiter anderer Gewerkschaften die gleichen Forderungen

an Staat und Gesellschaft erheben, wie wir. Und kommen die Wünsche und Forderungen dieser Arbeiter den unseren nahe oder sind gar die gleichen, so wird und muß diesen doch immer mehr die Erkenntnis aufdämmern, daß die Trennung der wirtschaftlichen Arbeiterverbände nach religiösen und politischen Anschauungen unnütz ist und nicht im Interesse eines gemeinsamen Handelns zur Erreichung der beiderseitig gesteckten Ziele liegt. Auf diesem Kongress haben sich evangelische und katholische, Hirsch-Dundersche und national gesinnte Arbeiter vereinigt zur Aufstellung gemeinsamer Forderungen, das Trennende der religiösen und politischen Anschauungen blieb den Beratungen fern, warum sollte das nicht in noch weiterer Umfassung der bestehenden Arbeiterverbände möglich sein?

Zu großen Gegenfälligkeiten den freien Gewerkschaften gegenüber ist es in Beratungen und Beschlüssen dieses Kongresses nicht gekommen, nur wenige Aussprüche einzelner Redner und die äußere Staffage macht ihn uns unsympathisch. Das ist aber kein hinreichender Grund und kann für uns nicht das ausschlaggebende Moment sein, seinen Beschlüssen mit besonderer Feindschaft zu begegnen, die einer Verständnislosigkeit gleich käme, sondern wir müssen ihn nach seinem wahren Gehalt beurteilen, und da weist er starke Berührungspunkte mit unseren Forderungen auf.

### Lohnbewegungen.

In Hamburg-Altona ist der Stand der Lohn- und Tarifbewegung zurzeit als sehr günstig zu bezeichnen. Mit der Kommission der Buchbinderinnung und unserer Lohnkommission hat bereits am 24. Oktober eine Sitzung im Innungshaus stattgefunden. Nach dem Verlauf dieser Sitzung, sowie nach dem Verhalten der Arbeitgeber im allgemeinen zu urteilen, steht zu erwarten, daß bald eine Verständigung über den Abschluß einer Tarifgemeinschaft zustande kommen wird.

Es soll hier nicht erwähnt bleiben, daß die Innung entgegen früherer Jahre ein Entgegenkommen zeigt, welches man nach den in früheren Jahren gemachten Erfahrungen wohl nicht erwarten konnte. Die in der Kommission sitzenden Arbeitgeber bekundeten bei den Verhandlungen Interesse und Verständnis für eine Tarifgemeinschaft. Wenn auch über die Höhe der Minimallöhne noch keine Einigung erzielt werden konnte, so dürfte andererseits aber der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit im allgemeinen keine Schwierigkeit entgegenstehen. Die Innung wird am 3. November in einer Versammlung über diese Angelegenheit beschließen; von diesem Beschluß wird es abhängen, ob wir unsere Forderung: Errichtung einer Tarifgemeinschaft, erreichen.

Bis dahin ist von einem Zustand in größerem Umfang Abstand genommen worden und hat die Lohnkommission es sich zur Aufgabe gemacht, gemäß den Beschlüssen der Versammlung vom 21. Oktober bei den der Innung nicht angehörenden Firmen vorstellig zu werden; sie hat bis jetzt ein sehr günstiges Resultat ohne ernüchternde Differenzen erzielt.

Die Forderungen wurden bewilligt und ab 1. November eingeführt von 43 Firmen mit 119 Gehilfen und 173 Arbeiterinnen. Dieselben verteilen sich auf 16 Buchbindereien mit 56 Arbeiterinnen und 52 Gehilfen, 14 Buchdruckereien mit 37 Arbeiterinnen und 26 Gehilfen, 4 Steindruckereien mit 12 Gehilfen, 3 Kartonnagefabriken mit 72 Arbeiterinnen und 17 Gehilfen, 6 verschiedene Geschäfte mit 8 Arbeiterinnen und 12 Gehilfen. Die Forderungen mit kleinen Abweichungen wurden in 10 Geschäften mit 16 Gehilfen und 20 Arbeiterinnen eingeführt. Rindigungen wurden bis jetzt nur in wenigen Geschäften eingereicht, dagegen schweben mit einer Anzahl Firmen Unterhandlungen. Eine weitere Anzahl Firmen will sich nach den Beschlüssen der Buchbinderinnung respektive Buchdruckerrinnung richten. Da die Buchdruckerrinnung erst am 20. November zu unseren Forderungen Stellung nehmen will, so wird nach Abwartung der Beschlüsse der Buchbinderinnung in einer am 4. November stattfindenden öffentlichen Versammlung über letzteres

beraten und je nachdem am 7. November überall dort, wo unsere Forderungen nicht anerkannt sind, zur Rindigung respektive zum Zustand geschritten werden.

War es möglich, in den bereits angeführten Firmen ohne Zustand die Forderungen bewilligt zu erhalten, so ist uns doch ein Zustand in zwei Geschäften nicht erspart geblieben. Es ist dies in der Geschäftsbücherfabrik von L. Ecklen, Weichstr. 38, und bei der berühmten und weltbekannten Firma G. Hulbe. Erstere Firma ging bei Vorstellwerden der Kollegen sehr brutal vor und erging sich in beleidigenden Aussetzungen gegen Angehörige der Lohnkommission und maßregelte eine Kollegin, worauf sich die übrigen drei Kollegen und eine Kollegin solidarisch erklärten und die Arbeit niederlegten. Dieser Herr versucht auch die Angehörigen der Lohnkommission außer Arbeit zu bringen, was ihm auch in einem Falle bereits gelungen ist.

Die Firma Hulbe, welche wohl zu denjenigen Geschäften gehört, welche ihre Arbeiten sehr gut bezahlt erhalten, aber ihre Arbeiter am schlechtesten bezahlt, hatte auch nichts Eiligeres zu tun, als ihren Leuten den Stuhl vor die Türe zu setzen, woraufhin 10 Kollegen in der Buchbinderei die Arbeit verließen. Es scheint bei der Firma das Bedürfnis vorzuliegen, das Geschäft von uniformierten Schutzleuten bewachen zu lassen, denn eine Anzahl von Polizeibeamten nahmen ihren Platz bei den Streitposten ein. Wir kommen auf Hulbe noch speziell zurück. Öffentlich wird der nächste Bericht einen vollen Erfolg unserer Bewegung schildern können.

Vom Kartonnagearbeiterstreik in Hannover wäre noch nachzutragen, daß den Arbeitswilligen also tatsächlich eine Abfindungssumme gezahlt werden mußte, damit sie die Arbeitsplätze innehaben. Das geschah bei der Firma Dennis & Chapman, woselbst die Arbeitswilligen bis 1. Januar unklünder eingestellt waren. Sie verlangten erst eine Gesamtentschädigungssumme von 1700 Mk., ermäßigten sie aber schließlich auf 600 Mk., nur einer der Herren Arbeitswilligen will sich mit dem auf ihn entfallenden Teil der Abfindungssumme nicht zufriedengeben und verlangt den ganzen Lohn bis 1. Januar. Diese Art Vergleich muß im höchsten Grade verwundern. Daß den Arbeitswilligen noch Prämien gezahlt werden müssen, dürfte als einziger Fall bisher in der Gewerkschaftsbewegung dastehen, für diese Biedermänner eröffnet sich aber dadurch die hoffnungsvolle Perspektive, den Straßbruch als einträgliches Geschäft weiter zu üben, auch in anderen Städten. — Zu wünschen wäre nur, daß der klägliche Ausgang der Kartonnagearbeiterbewegung in Hannover keine nachteiligen Folgen für die Organisation in Hannover haben möchte; die dabei gemachten Fehler und zutage tretenden Unschicklichkeiten dürfen zu keiner Mißstimmung und Entzweiung der Kollegen am Orte führen. Vergessen wir, was nicht mehr zu ändern ist. — Zu unterstützen sind noch circa 40 Personen.

In Krefeld, wo hauptsächlich Kartonnagen und Musterkarten fabriziert werden, denkt man daran, die bestehenden Lohnabmachungen zu erweitern und einige Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse zu fordern.

In Darmstadt wird ebenfalls eine Lohnbewegung vorbereitet. Der Minimallohn betrug bisher dort nur 17 Mk., die Arbeitszeit 10 Stunden, teilweise sogar noch 10 1/2 Stunden. Als Forderungen wurden nomiert: 20 Mk. Minimallohn, 9 1/2 stündige Arbeitszeit, Bezahlung der Feiertage und fünf Prozent Lohnzuschlag für diejenigen, die den Minimallohn schon haben.

In Saalfeld beteiligen sich unsere Kollegen gemeinschaftlich mit den Buchdruckern und Steindruckern an einer Bewegung, die die Verkürzung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden bezweckt; der Versuch, es auf friedlichem Wege zu erreichen, soll zunächst gemacht werden.

In Köln sind die Forderungen vielfach bewilligt, der Abschluß der Bewegung ist noch nicht definitiv.

In Lübeck ist, wie schon berichtet, die Lohnbewegung zum Abschluß gelangt. Das Verfahren gegen einen Kollegen, der auf Grund des § 153 angeklagt werden sollte, ist eingestellt. Von den



Gemäßregelt haben die meisten den Ort verlassen, zu unterstellen sind nur noch wenige.

In Erfurt sollen ebenfalls Forderungen gestellt werden. Erhöhung des Minimallohnes, Zuschläge für Ueberstunden usw., gleichzeitig soll auf Abstellung einiger Mißstände in den Werkstätten gebrungen werden.

In Frankfurt a. M. bei Dr. Krügener soll der Stand des Ausstandes entgegen dem Bericht in voriger Nummer doch nicht so ungünstig sein. Die Firma soll arg in der Klemme sein. Ein Arbeitswilliger mußte wegen totaler Unbrauchbarkeit von der Firma selbst entlassen werden, während drei andere, die besten Stützen des Geschäftes in dieser schweren Zeit, selbst gingen; auch der Hausarbeiter macht keine Streikarbeit mehr.

In Breslau werden weitere energische Vorbereitungen zu einer Lohnbewegung getroffen.

In Göttingen haben die Kollegen bei der Firma Schreiber durchgängig 1 Mt. Zulage zum Wochenlohn bekommen.

In Bremen lauten die auf die Forderungen der Gehilfen eingegangenen Antworten der Prinzipale nicht sehr günstig. Am 1. November tagte eine öffentliche Versammlung, welche diese Antworten entgegennahm. Nur des Friedens halber einigte man sich, die Arbeit nicht eher niederzulegen, bevor eine Einigung mit den Prinzipalen versucht wurde. Nach langer erregter Debatte nahm die Versammlung folgende Resolutionen an:

„Die heutige öffentliche Versammlung nimmt mit Entrüstung die zum größten Teile unbefriedigenden Antworten der Prinzipale auf unsere eingereichten Forderungen entgegen. Sie beschließt das Friedens im Gewerbe halber, das Gewerbegeheim als Einigungsamt anzurufen. Sollte auch dieser zur friedlichen Lösung unserer Frage beschrittenen Weg an dem Widerstand der Prinzipale scheitern, so behält sich die Versammlung alle weiteren Schritte vor und haben dann die Prinzipale die Konsequenzen zu tragen.

Die heute hier anwesenden Kollegen verpflichten sich, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß die noch nicht organisierten Kollegen sich dem Verband anschließen und unbedingt die nächste Versammlung besuchen.“

Nach all den benannten Städten ist, sofern daselbst die Lohnbewegungen noch nicht abgeschlossen sind, Bezug strengstens fernzuhalten.

## Eine Richtigstellung

zu der Erklärung des Verbandsvorstandes in Nr. 43 sendet uns der Kollege Klingenschmidt zu. Sie lautet: Um nicht vor der Kollegenschaft als Lügner gekennzeichnet zu sein, erlaube ich mir, die Angelegenheit richtig zu stellen. Es trifft mich insofern eine Schuld, als ich auf die Anfrage des Verbandsvorstandes bezüglich meiner Aussagen auf dem Goutag nicht geschrieben habe; andernfalls könnten meine Aussagen, welche ich auf Wunsch dem Goutag unterbreitet habe, nicht als krasse Unwahrheit bezeichnet werden — weil ich von einer Unterstützung von 75 Pf. gar nicht gesprochen habe. Ich habe 8 Wochen à 18 Mt. erhalten und dann pro Tag 1,20 Mt. Arbeitslosenunterstützung. Meine Aussagen können nur vom Goutagsberichterfasser verwechselt worden sein.

Mit Bezug auf den Bescheid des Verbandsvorstandes bei meiner damaligen Maßregelung habe ich auf dem Goutag geäußert, daß es 14 Tage gedauert hat, ehe ich überhaupt wußte, ob ich Unterstützung und wieviel ich bekomme. Hierzu folgende Angaben: Nach abgelassener Kündigungsfrist verließ ich die Werkstätte am 21. Februar. Am 22. Februar bekam ich die Mitteilung vom Zentralvorstand, daß mir Unterstützung gewährt sei. Ich und meine Nebenkollegen wußten am Tage meiner Entlassung noch nicht, woran wir waren, weil der Bescheid vom Zentralvorstand an dem Tage noch ausstand. Ich meine, so gut am 21. der genaue Bescheid gegeben wurde, ebenfogut konnte derselbe früher an uns gelangen.

Ich bestreite nicht, daß ich mich bedankt habe beim Zentralvorstand, daß er mich solange über Wasser gehalten hat. Trotzdem aber glaube ich, bleibt es einem jeden überlassen, über Angelegenheiten, welche ihm als unrichtig erscheinen, Kritik

zu üben. Habe ich das Recht dazu nicht, so wäre ich in diesem Falle vom Verbandsvorstand eines Besseren zu belehren. Die Kollegen aber brauchen wegen dieses kleinen Fehlers, den ich mir mit der Nichtbeantwortung des Schreibens an den Verbandsvorstand habe zuschulden kommen lassen, nicht meine Gesellschaft zu meiden, weil ich eine krasse Unwahrheit begangen haben soll.

Felix Klingenschmidt.

Dazu bemerkt der Verbandsvorstand:

Da Klingenschmidt durch unsere Erklärung sich gezwungen sieht, nun die Wahrheit unserer Angaben zuzugestehen, glaubt er sich noch an die Zeit, welche bis zur Erledigung der Unterstützungsangelegenheit verstrichen war, klammern zu können, um seine dem Goutag gefügten Behauptungen doch noch ein bißchen glaubwürdig erscheinen zu lassen. Aber auch diese Stütze versagt. Wie wir in unserer Erklärung nachgewiesen, kam die Mitteilung aus Eisenberg, daß die (auf unsere Anweisung gemachten) Versuche beim Prinzipal des Klingenschmidt, die Kündigung zurückzunehmen, gescheitert seien, am 17. Februar an uns. Am 20. Februar abends fand die Sitzung statt, wo wir die Höhe der Unterstützung beschlossen. Am 22. Februar hatte Klingenschmidt bereits Kenntnis vom Beschluß. Wie man bei einer solch raschen Erledigung noch den Mut finden kann, uns einer Verschleppung der Unterstützungsangelegenheiten zu zeihen? Diese Frage müssen wir Klingenschmidt zur eigenen Beantwortung überlassen.

Der Verbandsvorstand.

Von Kollege D. Jänicke-Altenburg geht uns dazu folgende Mitteilung zu:

Auf dem Goutag führte Kollege Klingenschmidt, nachdem er die näheren Umstände seiner Maßregelung bekannt gegeben hatte, aus, daß der Verbandsvorstand einen Fehler damit gemacht hat, daß er auf erhaltene Anfrage seine Meinung nicht sofort nach Eisenberg berichtet habe. Die Arbeitskollegen Klingenschmidts wollten sich mit diesem solidarisch erklären. Erst am Sonntag nach seiner tatsächlichen Entlassung sei Antwort eingegangen, daß 18 Mt. Gemäßregeltunterstützung für ihn bewilligt sei. Hätte der Verbandsvorstand sofort geantwortet, dann wäre ihm vielleicht manches erspart geblieben, da der Geschäftszweig zurzeit noch ein flotter war. Anschließend hieran gab Klingenschmidt noch seiner Freude darüber Ausdruck, daß seine Unterstützung so hoch bemessen war. Die Sache so dargestellt, mußte wohl auf dem Goutag die Meinung vorherrschend sein, der Verbandsvorstand hat einen Fehler begangen, und Kollege Ott-Gera gab darauf den Unwillen der Zahlstelle Gera kund, weil jüngeren Kollegen, welche nach Ausbrechen des Streiks bei Jütlich abriefen, nur 75 Pf. Unterstützung pro Tag bewilligt erhielten. Das Bureau des Goutags war sich einig, daß im Falle Gera nach § 14 unseres Streikreglements richtig verfahren sei. Im Falle Klingenschmidt konnten wir uns nicht denken, daß der Verbandsvorstand so leichtfertig gehandelt hätte, und demselben nicht ungerecht nahe zu treten, stellten wir es Klingenschmidt anheim, die Sache in seiner Zahlstelle nochmal zu verfolgen und dann Aufschluß in der Zeitung darüber zu geben. Der Gedanke, daß in Eisenberg ein Fehler gemacht worden sei, lag uns sehr nahe und die Erklärung des Verbandsvorstandes in Nr. 43 der „Buchb.-Ztg.“ hat dies auch bestätigt. Es ist mir nun unerklärlich, warum Klingenschmidt nicht tat, was er zu tun versprach, und daß er selbst auf die Erklärung des Verbandsvorstandes hin sich nicht von den schweren Vorwürfen befreit. Noch unbegreiflicher aber ist es mir, daß die beiden Schriftführer eine solche falsche Darstellung in ihren Bericht bringen konnten und daß sie sich bis heute nicht bemüht gefunden haben, dieses und den übrigen Unfug zu berichtigen.

Zu der Erwartung, daß die gegen Klingenschmidt gerichteten Vorwürfe nicht aufrecht erhalten werden, zeichnet

mit kollegialem Gruß

Otto Jänicke.

## Korrespondenzen.

München. Am Samstag den 31. Oktober fand hier in den Zentralfällen eine öffentliche Versammlung statt, um den Bericht der Lohnkommission

über die Antworten der Prinzipale entgegenzunehmen. Die Wichtigkeit der Tagesordnung, sollte man meinen, erzielte einen gedrückt vollen Saal, doch weit gefehlt! 180 Kollegen und Kolleginnen von über 400 organisierten hatten nur das Interesse, die Versammlung zu besuchen, auch eine Anzahl christlich organisierter Kollegen waren vertreten. Für München trifft in bezug auf die Buchbinder das auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Dresden gefallene Wort Capua durchaus zu.

Nach erfolgter Bureauwahl gab der Vorsitzende der Lohnkommission die eingelaufenen Antworten der Prinzipale bekannt. Erschreckt nicht, Kollegen und Kolleginnen, über die große Anzahl der Antworten! Ganze sechs Prinzipale sind es, die uns Antwort gaben. Davon beschäftigt eine Firma keinen Buchbinder. Die Verlagsanstalt Brudmann zahlt nach Tarif. Die Münchener Tapetenfabrik ebenfalls. Die Firma F. A. Brantl teilte in einem sehr höflichen Schreiben mit, daß die meisten Forderungen bei ihr schon erfüllt seien; soweit dies nicht der Fall ist, wird sie nach Möglichkeit bestrebt sein, unseren Wünschen nachzukommen. Die Firma H. Oldenbourg lies uns ein sieben Seiten langes Schreiben zugehen. Nachdem sie darin eine Aufstellung der Löhne sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen gegeben, erklärt sie, daß Punkt 1, 2, 3 und 6 unserer Forderungen schon seit Jahren bei ihr eingeführt sind. Die gesetzlichen Feiertage zu bezahlen lehnt sie ab, da eine solche schon in den jetzigen Löhnen eingerechnet sei. Die Anerkennung des neuen Leipziger Tarifs ist ihr des Vorwortes wegen nicht möglich. Der alte Leipziger Tarif ist bei Oldenbourg eingeführt. Unseren Arbeitsnachweis kann die Firma nicht anerkennen; sie schreibt wörtlich: „Die Gehilfen selber scheinen Ihren Arbeitsnachweis selbst nicht zu frequentieren, sonst wären die zahlreichen Anfragen einzelner Leute bei mir nicht möglich.“ Ein weiterer Grund ist der, daß die übrigen Meister unseren Arbeitsnachweis ebenfalls nicht anerkennen, und, so schreibt die Firma Oldenbourg, „würde ich angewiesen sein, mit dem Ihrem Arbeitsnachweis verbleibenden Reste mindewertiger Kräfte versorgt zu werden“. Nachdem die Firma noch ihre vollste Sympathie unseren Bestrebungen, eine Tarifgemeinschaft analog der Buchdrucker herbeizuführen, ausdrückt, schließt dies Schreiben. Von der Firma A. Wöser ging der Lohnkommission ein Schreiben zu, welches im ersten Teile ein Verhandeln mit der Lohnkommission wegen eines derselben angehörigen, dem Werkführer von Wöser mißliebigen Mitglieds ablehnt. Im zweiten Teile lehnt sie unsere Forderungen ab wegen der schlechten Geschäftslage. Wöser schreibt weiter, daß vorexist in der Firma, in welcher Arbeiten für die sozialdemokratische Partei und für die sozialistischen Vereine angefertigt werden, wegen der dort bestehenden Schmutzkonzurrenz Abhilfe geschafft werden müßte. Diese Firma (Zimmermann) zahlt den Minimallohn mit Ausnahme zweier Ausgelernter, hat neunständige Arbeitszeit und bezahlt die Feiertage. Wöser hat zehnständige Arbeitszeit ohne Pausen, bezahlt den Minimallohn nicht und auch keine Feiertage, hat also keine Ursache, über diese Firma, die Arbeiten für Arbeitervereine anfertigt, zu schimpfen. Schmutzkonzurrenz abzuschaffen ist Sache der Meister und nicht unsere. Das wäre noch schöner, wenn die Gehilfen für die Meister eintreten sollten, damit dieselben mehr verdienen.

Nach Bekanntgabe der Antworten ergriff Kollege Kratsch das Wort und führte im wesentlichen folgendes aus: Die Antworten, welche eingegangen sind, und ihre Anzahl kennzeichnen die hiesigen Verhältnisse am besten. Entweder sind die hiesigen Meister mit Arbeiten so überhäuft, daß sie keine Zeit zum antworten haben, oder es fehlt ihnen das richtige Verständnis für geordnete Verhältnisse im Beruf. Eine Meisterversammlung, welche stattfand, hat wahrscheinlich beschlossen, überhaupt keine Antwort zu geben; schließlich ist es ja auch gleich, ob auf einer Postkarte mitgeteilt wird, daß sämtliche Forderungen abgelehnt, wie im Herbst 1901, oder gar nicht zu antworten. Die hiesigen Meister sind in zwei Gruppen zu teilen: als erste Gruppe sind die großen Betriebe zu bezeichnen, welche schon ihr möglichstes getan haben zur Besserstellung der Gehilfen; als zweite Gruppe kommen die kleinen und mittleren Meister, denen jedes sozialpolitische Verständnis fehlt. Wie können wir nun an die

letzte Gruppe herantreten, um dieselbe zu zwingen, bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu erringen? Das kann nur durch eine Tariftgemeinschaft geschehen. Verschiedene Kollegen sind der Ansicht, daß nur durch einen Streik etwas erreicht werden kann. Ein Streik jedoch, geführt von einer schwachen Organisation, kann so schwere Nachteile mit sich bringen, daß wir auf Jahre hinaus zurückgebrängt werden. Bedenkt man, daß hier in München von zirka 1500 Berufsangehörigen nicht einmal 500 organisiert sind, so ist ein Streik nicht durchführbar, besonders dann nicht, wenn nicht einmal die Hälfte der Organisierten in eine so wichtige Versammlung, wie die heutige eine ist, gehen. In unserem Berufe sind noch solch traurige Verhältnisse, daß man staunen muß. Jeder andere Beruf hat in München sein möglichstes getan, um die Lebenshaltung der Arbeiter zu verbessern, nur bei den Buchbindern ist ein Rückschritt zu verzeichnen, weil die Löhne immer gleich bleiben und die Lebensmittelpreise immer steigen. Erst in den letzten Tagen hat es sich herausgestellt, daß ein verheirateter Kollege einen Lohn von 14,60 Mk. erhält; wie derselbe mit dem Lohne auskommt, ist ein Rätsel. Das Überkummenwesen nimmt teilweise so überhand, daß es schon vorgekommen ist, daß in einem Betrieb bei zehnstündiger Arbeitszeit noch täglich 4 bis 5, ja sogar 6 Überstunden gemacht wurden. Es muß hier unbedingt Remedur geschaffen werden. Auf das Wesen der Tariftgemeinschaft eingehend, bemerkt Redner, daß die Vorbedingung derselben eine starke Organisation ist. Wenn diese vorhanden ist, müssen die Arbeitgeber mit der Organisation verhandeln, wie teuer die Arbeitskraft der Arbeiter bezahlt werden muß. Die Arbeitgeber werden gezwungen, nur organisierte Arbeiter einzustellen, letztere werden verpflichtet, nur bei organisierten Arbeitgebern zu arbeiten und den Vertrag einzuhalten. Kämen dann Verstöße vor, müssen die Betroffenen unbarmherzig ausgeschlossen werden. In München besteht ja die Schwierigkeit, daß absolut keine Organisation der Prinzipale besteht, denn die Zimung, welcher 31 Meister von nahezu 200 angehören, kann als Organisation vorläufig noch nicht anerkannt werden. Jetzt soll aber, nachdem die Herren ihre Rückständigkeit Ausdruck verliehen haben dadurch, daß sie unser Rundschreiben keiner Antwort würdigten, von unserer Seite der Antriebe zu einer Organisation der Meister geschehen, da die Kraft den Meistern hierzu fehlt. Er denke sich die Sache auf die Weise zu machen: Von einem Streik muß hier vorläufig abgesehen werden, weil München schon einen zu großen Bezug hat und die Kollegen hier selbst nicht das nötige Rückgrat besitzen. Die Lohnkommission soll beauftragt werden, nochmals ein Schreiben an die Prinzipale zu richten mit dem Ersuchen, ihre Ansicht darüber zu äußern, ob sie geneigt wären, mit uns zu verhandeln, um eine Tariftgemeinschaft herbeizuführen. Das ist das Ziel, welches wir hier erstreben müssen. Sind wir einmal soweit, daß die Mehrzahl der hiesigen Berufsangehörigen eingesehen hat, daß nur durch die Organisation bessere Zustände erreicht werden; und treten dieselben dem Verband bei, dann können wir auch das letzte und schärfste Mittel, den Streik, gebrauchen. Die christliche Organisation hat versprochen, daß sie mit uns Hand in Hand gehen wird und an dem Ziele, welches wir erstreben, mitarbeiten. Mit der Auforderung, alle Mittel zu ergreifen, um eine Tariftgemeinschaft in München zustande zu bringen und die Lohnbewegung diesmal nicht im Sande verlaufen zu lassen, schließt Krahsch sein vorzügliches Referat, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Zu der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner mit Ausnahme Filzschs für eine Tariftgemeinschaft aus. Letzterer meinte, daß unbedingt die Lohnbewegung fortgesetzt werden soll. Kollege Wächter von der christlichen Organisation erklärte seine vollste Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten. Die christliche Organisation gehe mit uns durch dick und dünn. Es müsse bei derartigen Schritten nach dem Grundsatz gehandelt werden: Getrennt marschieren, vereint schlagen! — In seinem Schlußwort begrüßt Krahsch die Ausführungen des Kollegen Wächter und hofft, daß derselbe in seiner Organisation für unsere Bestrebungen eintritt. Er fordert sämtliche anwesenden Kollegen und Kol-

leginnen auf, in der Agitation nicht zu erlahmen und das gut zu machen, was bisher verschlampt wurde, denn verschlampt wurde viel, sonst müßten wir diesmal nicht das verlangen, was schon vor zwei Jahren erreicht wurde. Nachdem der Vorsitzende der Versammlung, Kollege Binner, noch einen kräftigen Appell an die Anwesenden richtete, für das gesteckte Ziel tatkräftig mitzuarbeiten, schließt er die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband, in welches auch die christlichen Kollegen einstimmten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heutige öffentliche Versammlung nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß ein großer Teil der hiesigen Prinzipale anscheinend nicht geneigt ist, unsere bescheidenen Forderungen zu erfüllen, ja, daß die große Mehrzahl von ihnen es nicht einmal für nötig hielt, auf unser Zirkular eine Antwort zu erteilen. Die Versammelten beharren aber trotzdem auf ihrem Entschluß, endlich einmal eine Änderung der traurigen Verhältnisse in unserem Berufe herbeizuführen. Als das zunächst zu erstrebende Ziel betrachten sie die Einführung einer Tariftgemeinschaft. Sie beauftragen deshalb die Lohnkommission, sich zu diesem Zwecke nochmals mit den Herren Prinzipalen in Verbindung zu setzen und durch eine Umfrage festzustellen, ob und wieviele von diesen prinzipiell zum Abschluß einer Tariftgemeinschaft geneigt wären.

**Frankfurt a. M.** In der am 26. Oktober abgehaltenen Generalversammlung erstattete Hinsche den Geschäftsbericht. Trotz der großen Fluktuation der Mitglieder ist doch eine Zunahme von sechs Mitgliedern zu verzeichnen, welche diesmal auf Kolleginnen fällt. Es sind drei männliche und zwölf weibliche eingetreten. Am Schlusse des Quartals hatten wir 111 männliche und 16 weibliche Mitglieder. Im Laufe des Oktober hat die Zahlstelle schon zirka 145 Mitglieder, indem durch rührige Werksklubagitation namentlich Kolleginnen für unsere Sache gewonnen wurden, was zu den größten Hoffnungen berechtigt. Es fanden eine General- und sechs Mitgliederversammlungen statt, welche sich eines guten Besuchs erfreuten, trotzdem namentlich ältere Kollegen ständig durch Abwesenheit glänzten. Am 6. Juli sprach Herr Professor Dr. Mannheimer über Goethes „Faust“, am 3. August Arbeiterssekretär Graf über „Die Volksschule“, während am 17. August Reichstagsabgeordneter Schmidt über „Die sozialpolitische Gesetzgebung des Deutschen Reiches“ referierte. Ab 1. September wurde die Lokalunterstützung für aus-gesteuerte und nicht bezugsberechtigte Durchreisende von 30 auf 45 Pf. erhöht. Der am 9. August stattgefundene Gauausflug erfreute sich einer regen Beteiligung seitens unserer Zahlstelle. — Dem Kassenbericht, den Duensing gab, ist zu entnehmen, daß 532,19 Mk. vereinnahmt, 257,20 Mk. verausgabt, 80 Mk. an die Zentralkasse abgefannt und 195,55 Mk. am Orte behalten worden sind. Die Lokalkasse erzielte eine Einnahme inklusive Bestand vom vorigen Quartal von 238,68 Mk., Ausgabe 106,78 Mk., bleibt Bestand 131,90 Mk. Dem Bericht vom Arbeitsnachweis zufolge sind 5 von den gemeldeten 11 Stellen besetzt worden, während von 27 sich arbeitslos meldenden Kollegen 12 Stellen erhielten. — Da Beyer als Revisor ausscheidet, wurde Dorwit neugewählt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung lautete: „Beschlusfassung über Einführung einer Lokal-extrasteuer“. Hinsche wies auf die dringende Notwendigkeit einer solchen hin, da zu einer Bewegung, in welcher jedenfalls harte Kämpfe zu bestehen sind, auch Mittel vorhanden sein müssen. Das Resultat einer Umfrage bei anderen Zahlstellen zeigte, daß durch einen entsprechenden Extrabeitrag sehr viel Gutes, namentlich für die Anfängigen, geschaffen werden kann. Der Vorstand stellte deshalb den Antrag: Wöchentlich 10 Pf. Lokalsteuer mit Wegfall des Sekretariatsbeitrags pro Mitglied zu erheben ab 1. Januar 1904. In anschließender, sehr lebhafter Debatte sprachen sich die Kollegen Bexler, Ewald, Oskar Busch, Steiding, Duensing, Metz, Getrost, Müller, Engelmann, Gittel und Rispert für den Vorschlag des Vorstandes aus, während Emil Busch vor Einführung einer solchen warnte. Nach dieser gründlichen Aussprache wurde ein Antrag Prings: „15 Pf. pro Woche zu erheben“

und ein Antrag Emil Busch auf Urabstimmung mit großer Majorität abgelehnt, während der Antrag des Vorstandes in geheimer Abstimmung mit überwiegender Mehrheit angenommen wurde.

Darauf wurde Bericht über den Streik bei Dr. Krügener gegeben. Die Situation hat sich nicht geändert. Die Firma zahlt den Streikbrechern mehr Lohn, als wie die Ausständigen gefordert, ferner hatte dieselbe „schwarze Listen“ aufgelegt, was als brutal bezeichnet wurde. Beim Verbandsvorstand wurde beantragt, den Kollegen Thomas nach § 14 b zu streichen, weil er Streikarbeit nicht zurückgewiesen hat.

Für die ausständigen Textilarbeiter in Crimmitschau wurde 20 Mk. bewilligt. Darauf wurde die gutbesuchte Generalversammlung geschlossen.

Am 4. Oktober begingen wir in gewohnter Weise unser 17. Stiftungsfest, welches sich regen Besuchs erfreute und einen recht gemüthlichen Verlauf nahm und die Teilnehmer noch gern dessen gedenken. Für die telegraphischen Glückwünsche unserer früheren Mitglieder Dominik und Sängler sei auf diesem Wege bestens gedankt, ferner auch für den zahlreichen Besuch auswärtiger Kollegen.

**Leipzig.** Eine am 30. Oktober im Pantheon stattgefundene große öffentliche Versammlung beschäftigte sich mit unserem Tarifamt, ferner mit unserer Stellung zu den tariflichen Verhältnissen am Orte.

Weihmann erläuterte Zweck, Aufgaben und Zusammenfassung des Tarifamts, wie solches zu errichten in der gemeinsamen Sitzung am 7. September beschlossen worden und nun etabliert ist.

Ueber unsere tariflichen Verhältnisse am Orte ist Redner nicht sehr erbaud und schiebt er hauptsächlich die Schuld den Arbeitern zu, wenn nicht alles so ist, wie es sein sollte. Es ist soweit gekommen, daß sich die Tarifkommission von den Prinzipalen hat Vorwürfe machen lassen müssen, nicht genügend auf dem Posten zu sein. Sie hat sich deshalb ausbedungen, in Zukunft als solche selbst Schiedsgerichtsitzungen zu beantragen und Zeugen aus den beklagten Firmen hinzuzuziehen. Er ermahnt nochmals alle, strikte nach Tarif bezahlt zu verlangen, damit die jetzigen faulen Zustände verschwinden, in zweifelhaften Fällen möge sich jeder direkt an die Tarifkommission wenden. Folgende Resolution wird hierauf einstimmig angenommen:

„Die am 30. Oktober tagende öffentliche Versammlung nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß das Tarifamt endlich in Kraft getreten ist. Sie erwartet von den beiderseitigen Vertretern deselben eine der gesunden und ehrlichen Tariftgemeinschaft entsprechende Tätigkeit, und verpflichtet ihrerseits mit allen Kräften für den Ausbau der tariflichen Verhältnisse Sorge zu tragen. Im weiteren verurteilt die Versammlung auf das schärfste alle Sonderabkommen, die den tariflichen Abmachungen nicht entsprechen und erwartet, daß sämtliche Kollegen und Kolleginnen alle strittigen Fälle dem Tarifschiedsgericht überweisen.“

Hef beantragt, für die Crimmitschauer Weber als dritte Rate abermals 500 Mk. zu bewilligen. Gustav Maye beantragt, 1500 Mk. zu senden; da es sich doch um eine Machfrage handle, müsse soviel als möglich getan werden. Nachdem sich Zinke, Pflüge und Bibel gegen diesen Antrag gewandt, stellt Schable den Antrag, jetzt nochmals 500 Mk. zu bewilligen und dem Vorstand Vollmacht zu erteilen, gegebenenfalls weitere Gelder flüssig zu machen. Nachdem Maye seinen Antrag zurückgezogen, wird der Antrag Schable angenommen. Es sind somit bis jetzt 1500 Mk. nach Crimmitschau gefandt und brauchen sich die Leipziger Buchbinder gewiß nicht zu schämen. Schröder macht noch auf das am 7. November stattfindende Konzert aufmerksam, das in einem der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stehenden Lokal abgehalten wird und ersucht alle, demselben fern zu bleiben, damit dem Vorstand dieser Kasse begreiflich gemacht wird, daß er sich auch nach den Bestimmungen aller übrigen Arbeiter zu richten hat.

**Altenburg.** Mittwochs, den 28. Oktober, hielten wir unsere vierteljährliche Generalversammlung ab. Der Besuch war zufriedenstellend, doch sind es nur immer die alten bekannten Gesichter, welche man sieht, ein bestimmter Teil der Kollegen kommt überhaupt nicht. Es scheint, als schwebelten diese im



Ueberfluß und brauchten sich nicht um die Hebung ihrer materiellen Lage zu kümmern. Uns dünkt's freilich anders.

Der Kassenbericht des Kollegen Horn weist folgende Zahlen auf: Einnahmen der Verbandskasse 132,17 Mk.; davon wurden für Arbeitslosenunterstützung 26,90 Mk. verausgabt, an die Hauptkasse eingekandt wurden 50 Mk., bleibt Bestand 34,07 Mk. Der Bestand der Lokalkasse sank infolge außerordentlicher Ausgaben von 272,94 Mk. auf 257,08 Mk. Die Einnahmen mit dem früheren Bestand betragen 309,24 Mk. Mitgliederbestand ist 20 männliche und 6 weibliche. Anschließend hieran gibt Kollege D. Jänicke einen Kartellbericht, welcher mit kurzer Ausnahme entgegengenommen wurde.

Den wichtigsten Punkt bildete der Gautagsbericht, welcher umständlicher erst heute gegeben werden konnte. Der Bericht war in allen seinen Teilen ein erschöpfender. Die Anwesenden erklärten sich mit der Tätigkeit der Delegierten einverstanden. Die in der Diskussion hervorgetretenen Gesichtspunkte sind folgende: Gautage sind nicht zu verwerten, nur muß versucht werden, praktische Fragen mehr und mehr zu verhandeln. Die im Vorjahre gegründete Gautasse verfehlt ihren Zweck, wenn sie nicht wenigstens einen Teil der Kosten tragen kann. Wird dies nicht erreicht, so ist sie so schnell wie möglich abzuschaffen. Es muß versucht werden, den Gau durch die Gautasse auszubauen und Unterstützungsfragen näher zu treten. Die Gaueinteilung ist noch keine vollkommene, zum Beispiel wäre es praktischer, Altenburg und Gößnitz gehörten zu Sachsen. In seinem Schlußwort geht der Delegierte auf die einzelnen Punkte ein und bedauert, daß die Kollegen in kleineren Orten sich zu wenig um praktische Gewerkschaftsfragen kümmern. Wäre dies anders, könnten auch die Gautage interessanter gestaltet werden. Vorkäufig sind alljährliche Gautage überflüssig. Im Falle Klingenschmidt wird der Delegierte er sucht, von seiner Seite aus eine Aufklärung an den Verbandsvorstand gelangen zu lassen.

Den streikenden Textilarbeitern in Crimmitschau wurden noch 10 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt, außerdem sollen Listen zirkulieren. Ein Vergnügen (Stiftungsfest) soll in nächster Zeit abgehalten werden.

**Chemnitz.** Freitag den 30. Oktober fand eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher Kollege Kloth aus Leipzig das Referat übernommen hatte. Es würde zu weit führen, aus dem behandelten Thema: „Wert und Nutzen einer Verkürzung der Arbeitszeit“ größere Ausführungen wiederzugeben, erwähnt sei nur, daß sich Kollege Kloth seiner Aufgabe in vortrefflicher Weise entledigte, was der reiche Beifall, der seinem Vortrag gezollt wurde, bewies.

Hierauf wurden die Mißstände der A. G. Stiehlischen Kartonfabrik einer Kritik unterzogen. In der vorletzten Nummer unserer Zeitung sind die Mißstände in einem Eingekandt bereits beleuchtet worden. Es entspann sich eine lebhafteste Diskussion über die Zustände dieser Werksfabrik; der anwesende Geschäftsleiter der Firma suchte die Angriffe zu entkräften, was ihm aber nicht im geringsten gelang, im Gegenteil, sein ganzes Auftreten ließ auch jeden Unbeteiligten klar erkennen, daß die vorgebrachten Beschwerden über Behandlung auf Wahrheit beruhen. Was die Nichteinhaltung der Arbeiterschutzbekanntbestimmungen betrifft, so suchte er das als harmlos und unbedeutend hinzustellen. Wir sind überzeugt, daß es der Herr nicht noch einmal versuchen wird, derartige Zustände gegen unsere gerechten Anfeindungen noch zu verteidigen.

Im Verhältnis zu dem zahlreichen Besuch — es waren mindestens hundert unorganisierte Kollegen und Kolleginnen erschienen — war der praktische Erfolg gering; nur sieben Aufnahmen waren zu verzeichnen. Daraus kann man am besten die noch herrschende Interessens- und Verständnislosigkeit erkennen, zugleich aber auch, wieviel Arbeit unsererseits noch zu leisten ist, ehe wir daran denken können, in einen Lohnkampf einzutreten.

**Zwickau.** Sonnabend den 31. Oktober fand hier eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher Gauvorsitzender Pfütze aus Leipzig erschien. Er referierte über die Vorteile, die der Verband seinen Mitgliedern und den Berufsgenossen überhaupt bietet. Er führte unter anderem auch die Entwicklung des Verbandes seit zehn Jahren vor. — Leider war

die Versammlung von Seiten der Nichtorganisierten sehr schlecht besucht; obwohl an alle schriftliche Einladung ergangen war, hatten es doch bloß drei für wert gehalten, zu erscheinen, die denn auch dem Verband beitraten. Kollege Seitz besprach dann die Zwickauer Verhältnisse, wobei er unter anderem auch auf die Behrlingszuckerei, die hier in starker Blüte steht, zu sprechen kam. Er stellte weiter die Tatsache fest, daß die Buchbinder in Zwickau eine von den schlechtest bezahlten Handwerker sind, was bloß darauf zurückzuführen ist, daß die Zwickauer Kollegen bis jetzt es nicht für nötig gehalten haben, sich dem Buchbinderverband anzuschließen. Pfütze sprach zum Schluß noch die Mahnung aus, alle die jetzigen Mitglieder in Zwickau möchten treue Verbandskollegen bleiben und agitieren, damit auch diejenigen, die noch nicht dem Verband angehören, denselben zugeführt werden, dann können auch in Zwickau andere Verhältnisse geschaffen werden. Deshalb möchte er den Kollegen nochmals zurufen: Kollegen, haltet treu zur Fahne des Verbandes!

**Solingen-Wald.** Samstag den 24. Oktober hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Nachdem der Bericht vom Zentralkomitee erledigt war, gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Erfreulicherweise war aus demselben zu ersehen, daß wir eine Zunahme von 5 Mitgliedern haben und somit jetzt einen Bestand von 40 Mitgliedern. Böhm gab hierauf den Kassenbericht. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 178,84 Mk., die Ausgaben betragen 52,13 Mk., bleibt ein Bestand von 126,71 Mk., abgekandt nach Stuttgart wurden 100 Mk., am Orte behalten 26,71 Mk. Der Kassierer bemerkte noch, daß die Beiträge nicht so gut eingegangen wären wie im vorigen Quartal, dieses sei darauf zurückzuführen, daß verschiedene Kollegen mit ihren Beiträgen warten bis zum Schluß des Quartals und gewöhnlich noch, wenn die Abrechnung schon vorbei ist; er bittet die Kollegen, in Zukunft doch alle 8 oder 14 Tage ihre Beiträge zu entrichten, um so auch viele Arbeit für ihn zu sparen.

Sodann wurde über Einleitung einer Lohnbewegung beraten. Von der Kommission wurde mitgeteilt, daß sie in der letzten Woche schlechte Erfahrungen gemacht habe. Bei der Stimmung, wie sie jetzt unter den Kollegen herrscht, wäre an eine erfolgreiche Lohnbewegung gar nicht zu denken. Hieran anschließend wurde die Interesslosigkeit der Verbandsmitglieder sehr gerügt; und das mit Recht, denn die meisten halten es nicht einmal der Mühe wert, die Versammlungen zu besuchen, viel weniger sich an der Agitation zu beteiligen und dem Verband neue Mitglieder zuzuführen. Nach längerer Debatte hierüber wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

In Anbetracht der Interesslosigkeit der Kollegen im allgemeinen und der Verbandsmitglieder im speziellen hält es die heutige Generalversammlung für angebracht, die Einleitung zu einer Lohnbewegung bis auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Ferner verspricht die Versammlung, mit allen Kräften die Agitation zu fördern und Mitglieder für unseren Verband zu gewinnen.

Nachdem noch einige kleine Angelegenheiten erledigt waren, wurde die von 20 Mitgliedern besuchte Generalversammlung geschlossen.

**Essen.** Die zweite Konferenz im Ruhrkohlenrevier fand am 18. Oktober in der Bürgerhalle zu Essen statt und war von Essen, Gelsenkirchen, Mülheim, Oberhausen, Düsseldorf und Dagen besetzt; der Gauvorstand war durch Groenhoff-Eberfeld vertreten.

Nach erfolgter Bureauwahl recapitulierte Carisch-Essen die Beschlüsse und Beratungen der Mülheimer Konferenz, da viele Kollegen anwesend sind, die der Mülheimer Konferenz nicht beigewohnt haben; Redner hat als Thema gewählt: „Der Deutsche Buchbinderverband in Rheinland und Westfalen.“ Carisch weist nach, wie die Agitation hier selbst seit Jahren vernachlässigt worden ist, da es sonst gar nicht möglich wäre, daß in großen Städten in Rheinland und Westfalen, in denen unser Gewerbe ziemlich vertreten ist, Verbandsmitglieder nicht vorhanden sind. Wenn auch einige Zahlstellen an der Vernachlässigung der Agitation selbst Schuld tragen, so sei doch meistens Geldmangel daran schuld, und der beschwerliche Weg,

Gelder bewilligt zu bekommen, sei zu umständlich; ist es doch schon vorgekommen, daß, bis der Instanzenweg durchgegangen war, die betreffende Sache längst erledigt war. Der Eberfelder Gautag habe beschloffen, eine Agitationstour der Kollegin Groenhoff vornehmen zu lassen; auf einmal zieht sich die Zahlstelle Dortmund, welche sich überhaupt nicht um die Agitation außerhalb kümmert, zurück und die notwendige Sache schiebert. Abgesehen davon, daß die Zahlstelle Dortmund kein Recht hatte, einen Gautagsbeschuß, dem ihr Vertreter zugestimmt hatte, zu ignorieren, mußte der Gauvorstand an dem Antrag festhalten und der Zentralvorstand demselben unbedingt entsprechen.

An der Hand einer Statistik gibt Redner nun ein Bild unserer Organisationsverhältnisse, es seien hier nur einige Städte mit ziemlicher Bedeutung für uns genannt, in denen der Verband gänzlich fehlt: Wesel, Revelaer, Gladbach, Remscheid, Düren, Bonn, Trier, Bochum, Witten, Hagen, Necklinghausen, Herne, Dülmen, Münster, Iserlohn. Ganz unzugreiflich muß es daher erscheinen, daß ein derartiges Agitationsfeld brach liegen bleibt. Der Verbandsvorstand zieht sich bei allen Anpassungen auf den Gauvorstand zurück, der die nötigen Vollmachten habe. Wie sieht es nun in Wirklichkeit damit aus? Vollmachten hat er, aber ausnützen kann er sie nicht, denn ein derartiges Feld läßt sich nicht nach Feierabend bearbeiten, und nicht das allein ist Aufgabe des Gauvorstandes, er muß auch danach sehen können, daß Zahlstellen, die etwas abseits der großen Heerstraße liegen, Anregungen bekommen und nicht wieder, was für den betreffenden Ort der größte Schaden ist, eingehen. Früher habe der Gauvorsitzende viel mehr gearbeitet wie jetzt und auch zum Teile guten Erfolg gehabt. Seine agitatorische Tätigkeit hatte aber zur Folge, daß er verschiedentlich gekündigt wurde und auch in seiner jetzigen Stellung gekündigt ist. Da er verheiratet ist, muß er natürlich für seine Familie in erster Linie sorgen, und würde er wieder hervortreten, jedenfalls abermals brotlos werden. Geradezu skandalös seien daher derartige Verhältnisse zu bezeichnen und dürften wohl kaum in einer anderen Gewerkschaft zu finden sein, daß ein glänzendes Agitationsfeld und eine geeignete Kraft zur Bearbeitung desselben vorhanden ist, aber nicht ausgenützt wird. Aus dem Angeführten heraus ergab sich die in Mülheim angenommene Resolution, welche die Anstellung eines Gauleiters auf Kosten der Verbandskasse verlangt. Redner er sucht die anwesenden Vertreter, in ihren Zahlstellen dahin zu wirken, daß überall gleichlautende oder ähnliche Entschlüsse getroffen würden, auch die nichtvertretenen Zahlstellen des 10. Gaues möchten ein gleiches tun, damit sobald wie möglich den unhaltbaren Zuständen ein Ende gemacht wird.

In der Diskussion bemerkt zunächst Meier-Düsseldorf: Seine Zahlstelle sei in Mülheim nicht vertreten gewesen, weil sie glaubten, es handle sich nur um den Ruhrbezirk. Nach dem jetzt Gehörten sei er jedoch anderer Meinung geworden. — Groenhoff-Eberfeld führt aus, daß es bei einigen Zahlstellen verschluckt habe, daß Essen und Duisburg die Konferenzen einberufen; es scheine, als wolle man den Gauvorstand übergeben, derselben Ansicht sei auch das Gauvorstandsmitglied Hense. Er (Redner) sei nicht so kleinlicher Ansicht, es freue ihn nur, wenn recht viel Bewegung, wie Essen es an den Tag lege, vorhanden sei. Mit den Ausführungen des Referenten Carisch erkläre er sich einverstanden und erkenne auch das Bemängelte für richtig an; allein mit der Anstellung eines Beamten würden wir wohl kein Glück haben, denn wenn wir mit einer solchen Forderung kämen, würden andere Gaue ebenfalls kommen und es ginge uns wie den Berlinern auf dem letzten Verbandstag. Dann würden die Kosten aus dem 10. Gau wohl schwer aufzubringen sein, auch ginge es doch nicht, jemanden aus seinem Beruf herauszureißen, um ihn dann später, wenn sich die Sache nicht rentiert, wieder zu entlassen. Überdies würde man bei der Agitation dem Beamten den bezahlten Agitator vorwerfen. Trotz alledem werde er aber, durch die Notwendigkeit bestimmt, den Antrag auf Anstellung eines Gauleiters nach Kräften unterstützen. — Carisch-Essen erwidert, daß die Anstellung ja nicht auf Kosten des Gaues, sondern der Verbandskasse erfolgen soll, es sei gar nicht nötig, daß

die Kosten gleich im ersten Jahre der Tätigkeit herauskämen, sondern, wenn nur den Unorganisierten das Evangelium der Organisation gepredigt würde und sie so allmählich dem Verband zugeführt würden und somit aufhörten, eine Gefahr für die Ergründungen des Verbandes zu sein, so sei schon viel erreicht; mit der Zeit würden es schon soviel Mitglieder werden, daß sich der Beamte rentiere. Redner habe schon auf dem Elberfelder Gantag nachgewiesen, daß sich ein für Rheinland und Westfalen ausgeworfenes kleines Kapital besser verzinsse, wie in der Verbandskasse.

An der lebhaften Diskussion beteiligen sich wiederholt: Meier-Düsseldorf, Klaphack-Mülheim, Siff-Derhausen, Groenhoff-Elberfeld und Kasper-Essen. Alle Redner waren darin einig, daß die Agitation anders betrieben werden muß und wurde den Delegierten aufgegeben, in ihren Zahlstellen dahin zu wirken, daß überall gleichlautende oder ähnliche Entschlüsse wie die der Mülheimer Konferenz angenommen und veröffentlicht werden, und zwar so, daß es nicht bei der Resolution bleibe, sondern auch Greifbares daraus entstehe.

Ein Zentralarbeitsnachweis für das Kohlenrevier wird nach kurzen Referat von Carst-Essen beschlossen zu errichten, mit der Zentrale in Essen, die Mittel sollen von den Zahlstellen gemeinsam aufgebracht werden. Besonders betont wurde der agitatorische Wert des Arbeitsnachweises und soll unverzüglich an die Zusammenstellung der Adressen aller in Betracht kommenden Buchbindereien, Buchdruckereien u. dergleichen und das Material sobald wie möglich an die Zentrale in Essen: Robert Baesch, Rheinischestraße 8, eingesandt werden. Nachdem noch das Für und Wider einer eventuellen Beitrags- und Unterstützungserhöhung erörtert worden, war die Tagesordnung erschöpft.

Meier-Düsseldorf berichtet noch über die dortige Lohnbewegung, welche leider als verloren zu betrachten ist. Die Anwesenden versprachen, in ihren Zahlstellen für moralische und finanzielle Unterstützung der Ausständigen sorgen zu wollen.

Mit einem kurzen Rückblick schließt der Vorsitzende die Konferenz.

**Steglich.** In unserer am Sonnabend den 16. Oktober stattgefundenen Generalversammlung gab Hühlig den Vorstandsbericht. Im letzten Quartal fanden eine Mitglieder-, eine General- und eine öffentliche Versammlung statt. Der Vorsitzende bedauert sehr, daß die öffentliche Versammlung, welche der Agitation gewidmet war, ihren Zweck nicht erfüllt hat. Die unserer Organisation fernstehenden Kollegen und Kolleginnen waren per Postkarte eingeladen, leider war aber von den fünfzig Eingeladenen auch nicht ein einziger erschienen, sogar verschiedene unserer Zahlstellen angehörende Mitglieder hatten es vorgezogen, der Versammlung fernzubleiben.

Den Kassenbericht gibt Hühlig, der betont, daß wir endlich wieder mal mit einem Überschuss abschließen. Der Mitgliederbestand ist auf 19 männliche und 6 weibliche gestiegen.

Sodann wird die Lokalfrage erörtert und entschließen sich die Mitglieder, die Sache dem Vorstand zu überlassen. Hierauf erstattet Gerber Bericht von der Verhandlung beim königlichen Landgericht II. Es handelt sich hier um die Werkstübenversammlung vom 19. Februar, welche von dem Sendarm aufgelöst wurde, weil sie nicht angemeldet war. Unter „Rundschau“ in Nummer 43 ist darüber schon näher berichtet, nachzutragen wäre nur noch folgendes: Wie aus der Verhandlung hervorging, sollte auch der Herr Kollege Mauci als Zeuge fungieren. Als der Herr Staatsanwalt an den Sendarm die Frage richtete, was der Herr Mauci bezeugen könnte, antwortete dieser, daß Herr Mauci und verschiedene andere wüßten, daß, wenn die Versammlung nicht aufgelöst worden wäre, wir uns mit anderen Sachen, als mit Angelegenheiten der Fabrik beschäftigt hätten. Also auch hier kann man wieder sehen, daß Herr Mauci sich nicht nur damit begnügte, daß seine früheren Kollegen auf etliche Wochen arbeitslos geworden sind, sondern auch noch wünscht, daß dieselben bestraft werden müßten.

Im Anschluß hieran werden von etlichen Kollegen dem Vorstandsvorsitz Vorwürfe gemacht, weil der Ausschluß des Meier, welche vom Ausschuss zu Recht befunden wurde, nicht statt-

gegeben wurde, und wird der Vorstand der Zahlstelle beauftragt, eine dahingehende Resolution an den Zentralvorstand abzuschicken. — Die nächste Versammlung findet am Sonnabend den 21. November, 8 1/2 Uhr abends, bei Wolf, Schildhornstraße 98, statt.

**Berlin.** Die Branchenversammlung der Stuarbeiter hörte am 12. Oktober einen Vortrag des Kollegen Klar über den Wert der Tarifgemeinschaft. Ausgehend von der einfachsten Form des Arbeitsvertrages, wie er sich in der Arbeitsteilung festhaft gewordener Familien in grauer Vorzeit zeigte, schilderte der Vortragende in großen Umrissen die Verhältnisse, welche in verschiedenen Zeitaltern zwischen Arbeitskraft und Arbeitsvertrag herrschten, um dann eingehend den Verammelten den Wert der tariflichen Abmachungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erläutern. Da die Arbeitgeber naturgemäß das Bestreben haben, die Arbeitslöhne auf das niedrigste Niveau herabzudrücken, um den Profit zu erhöhen und der Konkurrenz die Spitze zu bieten, so erwächst für die Organisation hieraus die Pflicht, hemmend einzutreten, das heißt zu verhindern, daß der Lohn so tief sinkt, daß der Arbeiter nicht mehr sein Auskommen dabei hat. Hier kann, da der einzelne Arbeiter dem Unternehmer machtlos gegenübersteht, nur der korporative Arbeitsvertrag helfen — ein Vertrag zwischen den organisierten Branchen eines Gewerbes und den betreffenden Arbeitgebern oder deren Organisation, welcher dieselben zwingt, einen Mindestlohn zu zahlen, bei welchem der Arbeiter ein den Verhältnissen entsprechendes Auskommen hat. Selbstverständlich muß hinter diesem Vertrag eine starke Organisation stehen, die imstande ist, auch bei eintretender Geschäftsflaute den Vertrag zu schützen. Der Vortragende schloß mit der Aufforderung an die Versammelten, kräftig für die Tarifgemeinschaft zu agitieren. — Vor Eintritt in die Diskussion macht Kollege Schmidt bekannt, daß das Thema des Vortrages abschließend gewählt sei, um eine Aussprache über die Tariffrage herbeizuführen.

In der Diskussion kommt Frederici auf die fallengelassene Lohnbewegung zurück, indem er sein Mißfallen über den Ausfall der stattgefundenen Urabstimmung ausdrückt. Es würde manchen jetzt bei der flotten Geschäftszeit leid tun, damals gegen eine Lohnbewegung gestimmt zu haben. Es wäre doch hohe Zeit, daß in dieser Beziehung etwas geschieht. Mit 24 Mk., die im allgemeinen als Mittellohn jetzt gezahlt würden, kann kaum ein junger Kollege bestehen. Wenn die Herren Fabrikanten sich damit ausreden, daß die jungen Kollegen diesen Lohn nicht verdienen, so liegt die Schuld nur in der mangelhaften Ausbildung der Lehrlinge. Redner wendet sich noch gegen das Mißverständnis, das unter den Kollegen herrscht, die da meinen, ein Tarif könne auf unsere Arbeitsweise nicht angewendet werden. Ob Akkord- oder Wochenlohn, es soll durch gegenseitigen Vertrag erreicht werden, daß ein Mindestlohn gezahlt wird, und dieser Mindestlohn müßte bei allen Branchen unserer Organisation der gleiche sein.

Es geht eine auf eine neue Lohnbewegung bezügliche Resolution ein.

Gegen die Ausführungen des Kollegen Frederici wendet sich Bommer. Er verteidigt das Verhalten der Kollegen bei der Urabstimmung. Dieselben hätten aus voller Überzeugung gegen die Lohnbewegung gestimmt. Erst müßte die alte, damals fallengelassene Forderung, Bezahlung der gesetzlichen Feiertage, reguliert und als erste Forderung bei einer eventuellen Lohnbewegung aufgestellt werden, sonst könnten sie derselben nicht zustimmen. Es wäre vorgekommen, daß Fabrikanten, die sich verpflichtet haben, die Feiertage zu bezahlen, dieser Verpflichtung nicht nachkämen. Er richtet bei dieser Gelegenheit heftige Angriffe gegen die Kommission, die die letzte Lohnbewegung eingeleitet und gegen den Verband, der in den angeführten Fällen unbedingt hätte einschreiten müssen, und läßt durchblicken, daß die ganze Angelegenheit nur eine Mache der betreffenden Kollegen sei, die an leitender Stelle ständen. Schmidt verwahrt sich und die Kommissionsmitglieder entschließen gegen den Vorwurf, als Macher bei der Lohnbewegung hingestellt zu werden. Wenn die Lohnbewegung schon im Keime erstickt wurde, so lag die Schuld nur an denjenigen

Kollegen, die erst der Bewegung zustimmten, dann aber bei auftretender Meinungsverschiedenheit wegen Aufstellung der Forderungen die ganze Bewegung im Stiche ließen. Luft bedauert im Interesse der Sache, daß sich hier augenscheinlich zwei Parteien gebildet haben, die sich unversöhnlich gegenüberstehen. Wenn wir etwas erreichen wollen, müßten wir erst den Minimallohn haben. Jetzt wäre leider der Zeitpunkt zur Einleitung einer Lohnbewegung verpaßt.

Kulikowski meint, wenn die Forderung, Bezahlung der Feiertage, fällt, geht doch die eine Mark Zulage für uns verloren, die den anderen Kollegen damals bewilligt worden ist.

Schmidt erwidert, daß dies keine Ursache wäre, die Lohnbewegung zu negieren, die betreffenden Kollegen bräuchten diese Forderung bloß wieder aufzunehmen.

Der Widerstreit der Meinungen gibt dem Referenten Veranlassung, noch einmal ausführlich auf die Vorteile eines korporativen Arbeitsvertrages einzugehen. Er weist insbesondere auf die jammervolle Belehrlingsausbildung hin und den daraus resultierenden Stamm von minderwertigen Arbeitern, die dem Fabrikanten willkommene Material zum Lohnrücken geben, andererseits aber auch noch die Kosten für ihre fehlerhafte Ausbildung tragen müssen, weil sie gezwungen sind, für jeden beliebigen Lohn zu arbeiten. Wäre ein Minimallohn vereinbart, so würde dieser Überstand verschwinden. Der Fabrikant wäre indirekt gezwungen, der Ausbildung der Lehrlinge eine größere Aufmerksamkeit zu widmen. Auf einen Fall, den Bommer angeführt, eingehend, ist Redner der Ansicht, die beiden Kollegen hätten die Bezahlung der Feiertage einflagen sollen. Die Organisation hätte auf jeden Fall dann ihre Rechte wahrgenommen. Fehlerhaft wäre es, hier gleich der Ortsverwaltung die Schuld zu geben, wenn die Arbeiter, soweit es in ihrer Macht steht, ihre Rechte nicht selbst wahrnehmen.

Luft und Bommer befürworten die vorläufige Ablehnung der Resolution, indem sie begründend ausführen, daß die Geschäftszeit zu weit vorgeschritten sei, um eine Lohnbewegung ratsam erscheinen zu lassen.

Bevor die Abstimmung erfolgt, wird die Resolution zurückgezogen.

Bei Werkstübenangelegenheiten erinnert Bommer an einen Antrag, der in der vorigen Versammlung angenommen worden ist, laut welchem die Ortsverwaltung durch den Vertrauensmann aufgefordert wird, bei eventueller Lohnbewegung auch die kleineren Städte zu berücksichtigen. Durch geringere Entlohnung der Arbeiter in den kleineren Städten und massenhafte Anfertigung von sogenannter Schundware würden beständig die Arbeitsverhältnisse in den Großstädten ungünstig beeinflusst und die Arbeit hier immermehr zur Saisonarbeit gestempelt. Wenn die Ortsverwaltung hier nicht ihre Pflicht tue, so müßte eben hier der Zentralvorstand eingreifen. — Schmidt betont, daß er gemäß seinem Auftrag gehandelt hätte. Da eine jede Verwaltung ein bestimmtes abgegrenztes Arbeitsfeld hat, so ist die Ortsverwaltung hier nicht zuständig. Der Gauvorstand hat gleichfalls nur soweit Befugnisse wie der Gau reich. Es bliebe eben nichts weiter übrig, als sich an sämtliche interessierte Zahlstellen zu wenden, was doch sicher zu umständlich wäre. — Klar zweifelt die Richtigkeit der Auskunft. Die Angelegenheit hätte müssen zuerst dem Zentralvorstand unterbreitet werden. Dieser hätte dann sicher durch einen Druck auf die Ortsverwaltung die Angelegenheit in Ordnung gebracht.

Sodann bringt Simon zur Kenntnis, daß in seinem Geschäft den Kollegen die Zumutung gestellt worden ist, anderthalb Stunden Überarbeit zu machen ohne Pause. Da dies gegen die derzeitigen Abmachungen verstößt, bittet er um eventuelle Verhaltensmaßregeln. Schmidt gibt den Verammelten den Rat, gemäß den Abmachungen nur eine Stunde Überarbeit ohne Pause zu leisten. Auf Verlangen des Arbeitgebers jedoch bei zwei Stunden Überarbeit 20 Minuten Pause zu beanspruchen. Es wäre dies nötig, um eine Übereinstimmung mit der jetzt eintreffenden Maximalarbeitszeit der Kolleginnen herbeizuführen.

Nach Beledigung einiger nebensächlichen Angelegenheiten erfolgt Schluß der schon stark gelichteten Versammlung.



**Berlin.** Am Montag den 19. Oktober fand eine sehr gut besuchte Branchenversammlung der Berliner Goldschmittmacher statt, w. lche sich hauptsächlich mit Werkstufenangelegenheiten beschäftigte. Sehr scharf ging die Versammlung mit der Firma „Gesellschaft für photographische Industrie, Dr. A. Stange & Co., Köln a. Rh.“ ins Gericht. Diese Firma inserierte anfang Oktober im „Berliner Lokalanzeiger“ nach Schrägschnittmachern, worauf sich zwei Berliner Kollegen meldeten und auch Antwort erhielten, daß ihrer Einstellung unter folgenden Umständen nichts im Wege stände. Die Firma schreibt wörtlich: „Wir zahlen für Schrägschnitt in Neugold, Aluminium oder weiß: 1000 Kabinettkarten 1,40 Mk., 1000 Visitenkarten 1 Mk. Visiten werden bei uns zwei Stück aneinander geschnitten und bearbeitet. Wenn Sie auf den Artikel eingearbeitet sind, müssen Sie bei zehnstündiger Arbeitszeit pro Woche 33 bis 36 Mk. verdienen.“ So das Angebot der Firma.

Die Berliner Kollegen verlangten 2,50 bis 3 Mk. für Visiten und 4 bis 4,25 Mk. für Kabinett, und sind bei diesen Preisen wohl imstande, den von der Firma in Köln angegebenen Wochenverdienst zu erzielen. An diese Mitteilung schloß sich eine sehr lebhaft Diskussion, im Laufe welcher folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen wurde: „Die heutige Branchenversammlung der Goldschmittmacher Berlins spricht der Firma Dr. A. Stange & Co., Köln a. Rh., über das Preisangebot, das sie hiesigen Kollegen gemacht, ihre Empörung aus, und ermächtigt ihren Vertrauensmann, die Briefe dieser Firma an hiesige Kollegen im Verbandsorgan zu veröffentlichen, um alle Kollegen Deutschlands vor dieser Firma zu warnen.“

Ferner wurde auf einen hiesigen Kollegen mit Namen D. Gehrt aufmerksam gemacht; derselbe scheint nicht imstande zu sein, Vereinbarungen, die er mit seinen Kollegen auf Handschlag getroffen hat, einzuhalten. Außerdem hat derselbe durch billiges Arbeitsangebot in mehreren Werkstufen die Preise verborben. Am Schluß der Versammlung machte der Vertrauensmann auf die nächste Versammlung, welche am Montag den 16. November stattfindet, aufmerksam, in welcher die Tarifkommission, welche vor 1 1/2 Jahren gewählt wurde, einen Tarif vorlegen wird.

**Berlin.** In der am 19. Oktober abgehaltenen Generalversammlung teilte der Vorsitzende Brückner mit, daß der Kollege Willy Pfeiffer verstorben ist; das Andenken desselben wurde in üblicher Weise geehrt. Auf Antrag der Ortsverwaltung wurden den längere Zeit ausständigen Crimmitzchauer Webern als zweite Rate 200 Mk. bewilligt.

Im vorigen Quartal haben nach dem Geschäftsbericht stattgefunden: 1 General- und 1 Mitglieder-versammlung, 12 Vorstandssitzungen und 1 kombinierte Verwaltungssitzung, 1 öffentliche Versammlung und 2 Werkstübendelegierten-sitzungen. Mit 24 Firmen sind Verhandlungen gepflogen worden, die in den weitaus meisten Fällen für die Kollegen günstige Ergebnisse hatten. Vom Bevollmächtigten wurden außerdem 290 Karten und Briefe erledigt.

In der Buchbinderbranche wurden abgehalten: 1 öffentliche Versammlung, 4 Delegierten- und 54 Werkstübensitzungen. Die Galanteriearbeiter haben mehrere in Lohnaufbesserungen und prognostischem Zuschlag für Überstunden bestehende Erfolge aufzuweisen. Die Luxuspapierarbeiter hielten ab: 3 Delegierten-, 6 Tarifkommissions- und 35 Werkstübensitzungen. Von einem guten Geschäftsgang und einer größeren Zunahme der Organisierten in der Branche wird hier berichtet.

Die Kartonbranche hatte 4 öffentliche Versammlungen, 6 Delegierten-, 11 Tarifkommissions- und 47 Werkstübensitzungen. Zwei Mieter-versammlungen beschäftigten sich mit der Einführung eines Taxifs, welcher von den maßgebenden Firmen anerkannt wurde, bei Pohle und bei Meyer erst nach zweiseitigem Ausstand.

Die Goldschmittmacher hielten ab: 2 Branchen-versammlungen, 1 Werkstübens- und 8 Tarifkommissions-sitzungen, ferner viele Einzelbesprechungen, welche durch Einzelbeschäftigung der Kollegen in den verschiedensten Betrieben veranlaßt werden. Nur in einigen größeren Luxuspapierfabriken war die Konjunktur gut.

\* Ann. d. Red. Die Briefe enthalten außer dem bereits Mitgeteilten nichts von Bedeutung, was eine Veröffentlichung im ganzen Wortlaut rechtfertigen könnte.

In der Stuibranche wird von 1 B. aachen- versammlung und 3 Delegierten-sitzungen berichtet. Der Geschäftsgang im letzten Monat des Quartals wird als flott bezeichnet, so daß mancher Kollege seine gegen eine diesjährige Lohnbewegung gerichtete Abstimmung bebaure. Es wird geklagt über die unter den Kollegen eingeriffene Laune und über den sehr mäßigen Besuch der Delegierten-sitzungen.

In der Kontobuchbranche haben stattgefunden: 1 öffentliche Versammlung, 2 Delegierten- und 9 Werkstübensitzungen, 1 Sitzung des Schiedsgerichtes, 6 Sitzungen der Tarifkommission, davon 3 mit Unternehmern. Der Geschäftsgang ist befriedigend.

Die Alumbbranche berichtet über 1 öffentliche Versammlung, 3 Delegierten- und 17 Werkstübensitzungen; 2 Versammlungen der Arbeiterinnen bezweckten, diese der Organisation zuzuführen.

Bei den in der Firma Paragon, Kassenblockfabrik, ausgebrochenen Differenzen mit den Buchdruckern hatten die erst kurze Zeit organisierten Arbeiterinnen es vorgezogen, die anberaumte Versammlung nicht zu besuchen, da der Kollege Fetting dort Posto faßte und die Eingehenden notierte. Anderntags wurde ihnen kategorisch erklärt: Entweder aus dem Verband oder aus dem Geschäft. Circa 35 traten darauf aus der Mitgliedschaft und erhielten die bisher geleisteten Beiträge von der Firma zurückgezahlt.

Der Mitgliederbestand beträgt 2405 männliche und 1978 weibliche, insgesamt 4383, also eine Zunahme von 401. Immer mehr erkennen die Kollegen den Wert der Organisation an und mit dem Verschwinden der Nichtorganisierten können auch wir um so energischer für eine Besserung unserer Lebenslage eintreten, dazu ist es aber notwendig, daß ein jeder seine Pflicht erfülle.

Im Interesse des Verbandes, so führt Brückner nunmehr aus, halten wir es für erforderlich, die unersreulichen persönlichen Auseinandersetzungen zum Austrag zu bringen. Seit Jahren wird gegen die Ortsverwaltungsmitglieder geübt und geschürt, es wird denselben alles mögliche vorgeworfen, das am Biertisch Erzählte verdröhlet sich zu Gerichten, die ins Ungeheuerliche gehen. Eine am Parteiversammlungstage abgehaltene Konferenz im „Englischen Garten“, wozu Kollege Hante Einladungen ergehen ließ, sollte schweres Material zusammengetragen haben und die angeblich bestehende Korruption aufdecken. Tatsachen wurden nicht vorgebracht, eine Kommission sollte nun das schwere Material zusammensuchen.

Im Laufe der Quartale ist den Mitgliedern regelmäßig Bericht erstattet worden, die Revisoren haben die Kasse geprüft und nun wollen wir Ihnen Gelegenheit geben, es Ihrem Urteil unterbreiten, ob der Schein eines Verdachtes auf uns ruht, ob wir diejenigen sind, als welche wir geschildert werden. Hierauf unterzieht Brückner die Kollegen Hante, Wilhelm, Lusig, Schmitz einer besonderen Kritik. — In Erwiderung befandet Wilhelm, daß er durch ein vertrauliches Zirkular zu einer privoaten Besprechung eingeladen worden sei, in welcher die in Verband und Ortskrankenkasse angeblich bestehenden schweren Missetaten aufgedeckt werden und das Material zur Stelle sein sollte. Was sich der Einberufer Hante unter Korruption gedacht habe, wisse er nicht, denn das dort Vorgebrachte sei völlig harmlos gewesen; jedoch sei er nicht einverstanden mit der im Bureau üblichen Vertretung, und Brückners Reisen zu den im Sommer stattgehabten Konferenzen halte er für überflüssig.

Hante: Als die Arbeiter daran gingen, in den Krankenkassen die Stellen mit den ihnen geeignet erscheinenden Personen zu besetzen, wurde uns versprochen, alles so zu gestalten, wie wir es wünschen; das ist nicht gehalten worden und darin liegt die Korruption. Angeblich würden billige Geilmittel ausgegeben, um die Kasse nicht zu sehr zu belasten. Das frühere Mitglied Pitacco habe unredlichigerweise Unterstützung erhalten. Da sich der Verband an den Wahlen zur Ortskrankenkasse beteilige, so seien wir verpflichtet, was wir dort als ungebührlich erachten, hier zur Sprache zu bringen; jedoch in unserer feudalgelagerten Ortskrankenkasse befänden sich die Angestellten in gehobener Lebensstellung. Im Verband gestehe man den Prinzipalen mehr Rechte zu wie den Mitgliedern, man habe eine Kniebeuge vor dem Unternehmertum gemacht und

das bei den diesjährigen Verhandlungen Erzählte sei sehr minimal. Der oben erwähnte Pitacco habe Geld von der Ortsverwaltung erhalten und sich durch Weinspenden erkenntlich gezeigt. Die zum Sommerfest engagierten arbeitslosen Kollegen seien vorzeitig nach Hause geschickt und ungenügend entlohnt worden. Er erblickt in den Nebeneinkünften Bergmanns (als Gewerbegeichtsbefiziger), sowie in einer zur Stellvertretung desselben nicht immer den Arbeitslosen entnommenen Hilfskraft Korruption. Die Ortsverwaltung habe in der Arbeitslosenversammlung Fiasco erlitten, deren Botum, Kollegen wegen Umsehens auszuschließen, unmöglich akzeptiert werden könne. Die Ortsverwaltung beeinflusse die kombinierte Versammlung, die Branchen- und selbst die Werkstübentrustensleute. Jeder einzelne solle zu Worte kommen. Wir wollen keine Diktatur. Der ihm gemachte Vorwurf, freiwillig und ohne Bezahlung Überstunden bei Ludwig gemacht zu haben, sei eine arge Verleumdung. Er beabsichtige nicht den Sturz der Verwaltung oder einzelner Personen, aber es müsse vieles anders und gefasste Beschlüsse sollten auch ausgeführt werden.

In später Stunde wird die Versammlung vertagt und der Vorsitzende ersucht die Kollegen, bei der Fortsetzung der Debatten ebenso zahlreich zu erscheinen.

**Briefkasten.**

B. B. in L. Dank für freundliche Zuschrift und Aufklärung; ich bin nun befriedigt. Das Verprochene bekommen Sie von mir zugesandt. Besten Gruß!

G. R. in S. Von ihrer Zuschrift nehme ich in nächster Nummer Notiz.

G. M. in B. In nächster Nummer. J. R. in S. Karte erhalten; Ihren zweiten Artikel habe noch nicht unterbringen können, hoffe in einer der nächsten Nummern. Wünsche baldige Genesung.

Zurückgestellt: Berichte aus Hagen, Mülheim, Dresden und Bericht über die Fortsetzung der Berliner Generalversammlung.

**Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.**

Darmstadt: Ludwig Knecht, Hermannstraße 5.  
Erfurt: Max von Lojowski, Kronenburgstraße 10/11.  
Saalfeld a. S.: Richard Pommer, Oberes Tor 4.

**Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszahl.**

Kassel. Z. A. G. Bilger, Kastanienstraße 7 II; von 12 bis 1 Uhr mittags.

**Abrechnung**

über den Ausstand in der lithographischen Kunstanstalt von Mühlmeister & Zöhler zu Hamburg.

Einahmen:

Von der Zentralkasse erhalten . . . . .	809,65 Mk.
= = Lokalkasse = . . . . .	198,25 =
Summa	1007,90 Mk.

Ausgaben:

Streikunterstützung an:	
5 verheiratete Arbeiter 177 Tage . . . . .	502,50 Mk.
1 ledigen = 82 = . . . . .	64,— =
10 Arbeiterinnen = 217 = . . . . .	340,75 =
Außerordentliche Mietunterstützung an 3 Kollegen . . . . .	60,— =
Reiseunterstützung an 1 durchgereisten Kollegen . . . . .	2,— =
Diverse Ausgaben für Fortschaffung und Fernhaltung des Zugzugs . . . . .	21,35 =
Kleine Ausgaben für Arbeitsentfchädigungen, Sitzungen und dergleichen . . . . .	17,30 =
Summa	1007,90 Mk.

Hamburg, den 23. Oktober 1908.

Für die Streikleitung.

Fr. Küster. A. Kippe. A. Sebald.

**Abrechnungen**

vom 3. Quartal 1908 sind vom 28. Oktober bis 3. November bei der Verbandskasse eingegangen: Von Waut-Wilhelmshaven mit 64,12 Mk., Berlin 6425,30 Mk., Bielefeld 113,04 Mk., Bromberg — Mk., Dessau 98,73 Mk., Glogau 50,70 Mk., Hamburg — Mk., Hannover 150,66 Mk., Karlsruhe 60 Mk., Mainz 30 Mk., Posen 52,65 Mk., Stettin 150 Mk., Wiesbaden 30,60 Mk., Gau 3 50 Mk., Gau 5 160,82 Mk., Gau 6 114,39 Mk., Gau 7 50 Mk. und vom Gau 9 mit 15 Mk.

Noch nicht abgerechnet haben: Brandenburg, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg-Auhrort, Eisenberg, Esslingen, Finsterwalde, Vahr, Luckenwalde, Pforzheim und Saalfeld.  
G. Haufeisen.

Anzeigenteil.

Deutscher Buchbinder-Verband.

**Zahlstelle Nürnberg.**  
 Am 30. Oktober erlag im Alter von 18<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Jahren  
 unser Kollege **Moritz Hermann** [1.20]  
 einem Lungenleiden.  
 Er ruhe sanft!  
 Die Verwaltung. 642]

**Zahlstelle Berlin.**  
 Montag den 9. November, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im  
 großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engel-  
 ufer 15

**General-Versammlung.**  
 643] Tagesordnung: [1.70  
 1. Kassenbericht.  
 2. Bericht vom Arbeitsnachweis.  
 3. Ergänzungswahl z. Ortsverwaltung.  
 4. Abrechnung vom Sommerfest.  
 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch legitimiert!  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

**Orts-Krankenkasse der Buchbinder  
 und verwandten Gewerbe in Berlin.  
 Ordentliche**

**General-Versammlung**  
 am Montag den 16. November, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,  
 im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal I.  
 644] Tagesordnung: [4.40  
 1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahres-  
 rechnung pro 1908.  
 2. Ergänzungs- und Neuwahl des Vorstandes  
 (3 Arbeitgeber, 4 Arbeitnehmer).  
 3. Statutenänderung, § 40 Abs. 2.  
 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 Der Vorstand.  
 Bernh. Jost, Georg Bäßler,  
 Vorsitzender, Schriftführer.

NB. Die **Delegiertenwahlen** finden am **Sonntag den 29. November**, von 10 bis 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ statt.  
**D. D.**

Als **Leiter** für die Buchbinderei einer hiesigen Fabrik wird ein selbständiger, zuverlässiger, mit den einschlägigen Maschinen vertrauter [2.80

**Buchbinder od. Kartonnager**

als **Meister** gesucht.  
 Betreffender muß Erfahrung in der Anfertigung von Massenartikeln haben und instand sein, das ihm unterstellte Personal anzuleiten und zu beaufsichtigen.  
 Angebote mit Gehaltsansprüchen und Angabe der bisherigen Tätigkeit unter **G. G., Postamt XI, Stuttgart.** 645]



**Preßvergoldungen**  
 646] **aller Art,** [0.90  
 in Sortiment u. Partie, liefert geschmackvoll und sauber zu billigsten Preisen  
**Max Löwe,**  
 Preßvergoldeanstalt,  
 Stuttgart, Hauptstätterstraße 58 A.

**Krug & Mundt, Leipzig**

empfehlen ihr reichhaltiges Lager in sämtlichen Artikeln zu Anfertigungen von

**Havana-Arbeiten**

als: runde und eckige Glaschalen, glatt und mit Goldrand, Zigarrenbänder, Leim, Farbe usw., fertig beklebte Teller in größter Auswahl. Preislisten gratis. 647] [2.40

**Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse der Buchbinder etc.  
 Verwaltungsstelle Leipzig.**

Unser diesjähriges  
**Herbst-Vergnügen**  
 bestehend in  
**Konzert, Gesangsvorträgen und Tanz** [5.00  
 648] findet  
**Sonntag den 14. November** im „Pantheon“, Dresdenerstraße  
 statt unter Mitwirkung der Freien Musikervereinigung und des Buchbinder-Männerchor.  
 Der Reinertrag fließt dem Fonds für ausgesteuerte Mitglieder zu. Programme sind bei sämtlichen Vertrauensleuten, sowie im „Pantheon“ zu haben.

**Zahlstelle Berlin.**  
 Sonntag den 15. November  
 in **L. Kellers Festsälen, Koppenstraße 29**  
**Grosser Projektions-Vortrag**  
 mit circa 100 farbigen Lichtbildern.  
 Vortragender: Herr **Dr. Köppen** (früherer Direktor der „Urania“).  
 Vortragsthema: **„Kunsfahrten an den Ufern des Rheins.“** [5.20  
 649] Nach dem Vortrag:  
**Tanz in Beiden Sälen.**  
 Herren, die daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.  
 Billett 20 Pf., an der Kasse 30 Pf. — Anfang nachmittags 5 Uhr.  
 Billetts sind in allen Zahlstellen, bei den Werkstubenvertrauenspersonen, sowie in unserem Bureau, Engel-Ufer 15 II, zu haben.  
 Die zum Vertrieb entnommenen Billetts sind bis spätestens **Sonntag den 14. November abzurechnen.** Geschieht dieß nicht, so gelten dieselben als verkauft.  
 Die Ortsverwaltung.

**Ufen a. G.** Ein in bester Lage befindlicher **Laden**, in dem bisher eine **Buchbinderei** betrieben wurde, ist per 1. Januar anderweitig zu vermieten.  
 Off. unt. **O. K. 222** an **Saasenstein & Vogler, A.-G., Magdeburg.** [1.20

Ich wurde von einigen Kunden gebeten, bei dem Verkauf ihrer gut eingeführten  
**Buchbinder-geschäfte**  
 behilflich zu sein, erkläre mich mit Vergnügen bereit, diesen Wünschen durch  
**kostenfreie Aufgabe**  
 der Adressen, Auskunft über Umfang der Geschäfte u. s. w. nachzukommen und sehr freundlichen Anfragen sehr geehrter Herren Käufer gern entgegen.  
**O. TH. WINCKLER**  
 Leipzig  
 Abt. A: Papier- und Lederwaren  
 Abt. B: Buchbindereibedarf  
 Abt. C: Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder  
 651] Kataloge zu Diensten!

**Tüchtige Stuarbeiter**  
 mit allen einschlägigen Arbeiten vertraut, bei guter Bezahlung gesucht. [1.60  
**Val. Winkler,**  
 Stutfabrik, München.  
 653.]

Sie bewundern den feurigen Goldschnitt an Leipziger Einbänden? Können solche auch fertigen! Kaufen Sie nur dazu ff. **Glattzähne** zc. von 654] [1.00 **F. Klement** in Leipzig.

Moderne **Bücher-Vorlagpapiere** [2.80  
 655] nach Entwürfen erster Künstler liefern in großer Auswahl **E. Busch-duFallois-Söhne** Crefeld (Rheinprovinz) graph. Kunst-Anstalt Muster zu Diensten

**Schmidts Restaurant u. Café zur Post  
 Leipzig-Thonberg**

652.] **Reichenhainerstraße 50.** [1.20  
 Empfehle meinen werthen Kollegen meine Lokalitäten bei eventuellen Gelegenheiten zur gefälligen Benutzung.  
**Küche und Keller vorzüglich.**  
 Um gütigen Besuch bittet ergebenst euer Kollege  
**Wilhelm Schmidt.**

**Leipzig. Restaurant Gutenberg, Johannis-gasse 19/21.**  
 Empfehle meine neuerbauten Lokalitäten mit **Saal und Gesellschaftszimmer** werthen Vereinen u. Gesellschaften zur gefälligen Benutzung. **Speisen und Getränke** in bekannter Güte. 656] [1.00 **J. Rohm.**

**Kaffee Schmale** [1.40  
 657.] **Berlin, Sebastiansstraße 42.**  
**Hauptverkehr der Buchbinder.**  
 Jeden Sonntag und Sonntag  
**musikalische Unterhaltung.**